



Interviews

Bilanz des deutsch-französischen Ministerrates und Debatte um Panzerlieferung an Ukraine

Anna Lührmann, Grüne, Staatsministerin Auswärtiges Amt, im Gespräch mit Silvia Engels

"Informationen am Morgen", 23.1.2023, 7:15 Uhr

Silvia Engels: Am Telefon ist nun Anna Lührmann von den Grünen. Sie ist Staatsministerin im Auswärtigen Amt, hier vor allem zuständig für Europafragen. Sie war gestern in Paris bei den großen Runden dabei und wir erreichen Sie heute Früh noch in der französischen Hauptstadt. Guten Morgen, Frau Lührmann.

Anna Lührmann: Bon jour!

Engels: Bon jour! – Schauen wir auf die Wirtschaftspolitik. Es klang gerade im Beitrag an. Der französische Präsident Macron möchte auf die USA-Gesetzgebung, die beim Klimaschutz nur Firmen fördert, die in den USA produzieren, tendenziell mit ähnlicher Münze heimzahlen, also beim Klimaschutz in Europa Firmen subventionieren, die hier fertigen. Die deutsche Seite setzt auf weitere Verhandlungen. Wie findet man hier einen gemeinsamen Weg?

Lührmann: Erst mal ist ja das, was in den USA passiert, eine ganz tolle Nachricht, weil die USA jetzt endlich auch erkannt haben, dass Klimaschutz auch Wachstum und Zukunft schafft, dass das genau das Modell ist, wo Wirtschaft wettbewerbsfähig wird in der Zukunft, indem sie auf klimaneutrale Produkte setzen, und das fördern sie in einem großen Umfang. Wir arbeiten jetzt gemeinsam mit unseren europäischen Partnern, voran natürlich Frankreich daran, dass europäische Firmen durch diese Gesetzgebung keine Nachteile erreichen – zum einen in der Tat durch Verhandlungen in den USA, da sind wir, glaube ich, schon ein ganzes Stück weitergekommen, und zum anderen dadurch, dass wir das Instrumentarium, was wir haben, um klimaneutrale Wirtschaft in Europa zu fördern, konstant überprüfen und weiterentwickeln. Auch da hat es schon Fortschritte gegeben. Da haben der deutsche Wirtschaftsminister und der französische Wirtschaftsminister Vorschläge gemacht, die die EU-Kommissionspräsidentin jetzt auch aufgenommen hat. Genau so funktioniert ja auch dieser berühmte deutsch-französische Motor immer. Und wir haben auch noch Finanzmittel in ganz erheblichem Umfang auf europäischer Ebene zur Verfügung mit dem Programm „Next Generation EU“ und „Repower EU“ und die müssen wir zielgenau einsetzen.

Engels: Wenn es aber keine Einigung bei den Verhandlungen gibt, denn nach wie vor sind es nur Vorschläge, noch hat man nichts ganz festes, sollte man dann den Weg Macrons gehen, mit Härte zu antworten und mit europäischen Subventionen „Europe first“ antworten?

Lührmann: Wir machen ja schon relativ viel in Europa, um auch klimaneutrales Wirtschaften hier zu unterstützen.

Engels: Aber gerade in Abgrenzung zu den USA dasselbe Mittel einsetzen.

Lührmann: Ich glaube, wir haben jetzt alle nichts davon, wenn wir jetzt hier in Protektionismus-Wettbewerbe einfallen, sondern ich glaube, was wir machen müssen, ist wirklich klug zu überlegen, was können wir tun, um zum Beispiel entscheidende Produktionsstätten in Europa stärker anzusiedeln. Es ist ja momentan so, dass wir 80 Prozent unserer Solaranlagen aus China importieren, aus einem einzigen Land, und hier müssen wir ganz klar diversifizieren, und ich glaube, da braucht es einen klugen Mix von Politikinstrumenten.

Engels: Dann machen wir hier einen Schnitt. Es gibt noch andere Themen in der Wirtschaftspolitik, wo man zwischen Deutschland und Frankreich nicht einer Meinung ist. Aber am auffälligsten ist im Moment die Frage der Verteidigung, der Sicherheitspolitik, der Rüstung. Zuletzt preschte der französische Präsident Macron vor, als er ankündigte, französische Spürpanzer an die Ukraine zu liefern, und das ganz kurz, bevor Bundeskanzler Scholz und US-Präsident Biden das mit jeweils eigenen Schützenpanzer-Lieferungen taten. Eine unerfreuliche Aktion Macrons?

Lührmann: Das hat ungefähr zum gleichen Zeitpunkt stattgefunden. Deswegen würde ich das jetzt nicht so aufbauschen.

Engels: Es war schon deutlich davor.

Lührmann: Na ja. Wenn man sich mal anguckt, wie lange diese Debatte lief, und dann ist das in einem Abstand von, glaube ich, 24 Stunden passiert. Von daher: Die Entscheidungen sind gemeinsam gereift und sie werden jetzt auch gemeinsam umgesetzt. Das Entscheidende ist, dass wir wirklich entschlossen an der Seite der Ukraine stehen, die Ukraine unterstützen, sowohl mit Rüstungsgütern in erheblichem Umfang als auch mit humanitärer Hilfe. Hier haben wir auch einige wichtige Geberkonferenzen in Frankreich gehabt, auch in Deutschland, und das ist das Entscheidende. Wir arbeiten auch gemeinsam in der EU daran, die Ukraine vorzubereiten auf ihren Weg in die EU. Ich konnte mich jetzt auch bei einem Besuch in Kiew Anfang Dezember noch mal davon überzeugen, wie wichtig auch gerade diese europäische Perspektive für die Menschen dort ist, weil die EU ist da nicht, wie für manche in Deutschland, ein Bürokratiemonster, sondern das ist eine Hoffnung auf ein Leben in Frieden und in Freiheit, und dafür sollten wir die Ukraine unterstützen.

Engels: Die Ukraine unterstützen. Nun haben aber Bundeskanzler Scholz und der französische Präsident Macron zumindest die Chance verpasst, gestern Abend beispielsweise die gemeinsame Lieferung von Kampfpanzern, deutsche Leoparden und französische Leclerc, möglicherweise zu verkünden oder zumindest konkret in Aussicht zu stellen. Nein, das Thema wurde wieder aufgeschoben, wenn auch nicht ausgeschlossen. Hat man diese Chance verpasst?

Lührmann: Darüber gibt es noch eine ganze Reihe von Diskussionen. Ich halte es für sehr wichtig, dass wir an der Seite der Ukraine stehen. Wir machen jetzt schon sehr viel, was das Thema der Luftabwehr vor allen Dingen angeht, was auch konkret die Menschen dort schützt, und werden auch weiter die Ukraine auch militärisch mit Waffenlieferungen unterstützen.

Engels: Aber, Frau Lührmann, Sie haben das Thema am Wochenende verfolgt. Die Frage liegt auf dem Tisch: Soll Deutschland Leopard-Kampfpanzer auch selbst direkt an die Ukraine liefern oder nicht? Wie ist da die Position des Auswärtigen Amts?

Lührmann: Die Außenministerin hat ja gestern noch mal klargemacht, dass wir hier darüber diskutieren, auch mit unseren Partnerinnen und Partnern auf europäischer Ebene, auch mit den amerikanischen Partnern, und dass wir, wenn ein anderes Land wie Polen zum Beispiel solche Lieferungen antreten möchte, dem nicht entgegenstehen werden.

Engels: Nicht entgegenstehen. Das betrifft aber die Lieferung von Drittstaaten an die Ukraine. Was ist mit Leopard-Panzern aus deutscher Industrie oder deutscher Bundeswehr?

Lührmann: Sie kennen ja die Ausführungen der Außenministerin von gestern, auch vom Bundeskanzler, und dem habe ich jetzt hier nichts weiter hinzuzufügen.

Engels: Es gibt ja auch einen gewaltigen Koalitionskrach. Da sind Sie jetzt als Grünen-Politikerin gefragt. Ihr Parteifreund, der Vorsitzende des Europaausschusses Hofreiter, sagte zur Vertagung der Frage der Panzerlieferung: „Deutschland hat in Ramstein einen erheblichen Fehler gemacht und dadurch weiter Ansehen eingebüßt. Das muss jetzt schnell korrigiert werden.“ Wie gut ist es, wenn ein Parteifreund von Ihnen so offen die eigene Regierung, die gerade einen Beschluss oder einen Nicht-Beschluss getroffen hat, so offen angreift?

Lührmann: Ich bin jeden Tag froh, dass ich in einer pluralistischen Gesellschaft lebe, wo es nicht so ist, dass es irgendwie einen Chef gibt, der irgendwelche Ansagen macht, und alle dem zu folgen haben. Von daher: Debatte ist immer gut.

Engels: Aber gerade in der Außenpolitik ist ja auch Geschlossenheit ein wichtiges Thema, denn durch diese Kritik aus den eigenen Reihen gerät Deutschland immer stärker unter Druck, Panzer zu liefern. Kann das als Außenpolitikerin sinnvoll sein?

Lührmann: Ich halte es für sinnvoll, dass wir wirklich darüber diskutieren, was wir alles tun können, um die Ukraine zu unterstützen, und es ist ja auch richtig, dass wir dafür den Rückhalt in der Bevölkerung haben und wir der Ukraine noch sehr lange an der Seite stehen müssen, sowohl jetzt mit immer wieder angepassten Waffenlieferungen als auch mit humanitärer Hilfe in einem großen Umfang, mit Hilfe auf dem Weg in

die EU. Das ist klar und deswegen bin ich auch froh über eine gute öffentliche Debatte. Es muss auch der Bevölkerung in Deutschland immer wieder klar sein, dass die Ukraine nicht nur sich selber verteidigt, sondern auch uns andere Europäerinnen und Europäer verteidigt, unsere gemeinsamen Werte. Darüber brauchen wir immer wieder auch eine öffentliche Vergewisserung.

Engels: Dass die Grünen Panzerlieferungen an die Ukraine offener gegenüberstehen als die SPD ist bekannt. Ist denn an dem Argument von SPD-Fraktionschef Mützenich nicht doch etwas dran, dass die Gefahr, hier in einen bewaffneten Konflikt hineinzukommen, durch diese Forderungen, die möglicherweise von weiteren Waffenlieferungsforderungen gefolgt werden, immer weiterzutreiben?

Lührmann: Das ist eines der Argumente, was jetzt sorgfältig abgewogen wird. Das hat ja auch Präsident Macron gestern noch mal gesagt. Darüber muss man reden. Aber es ist ganz klar, dass wir nicht vergessen dürfen, dass die Ukraine sich hier gegen einen Aggressor verteidigt und dass diesem Aggressor, also Russland, ein ganz klares Stoppschild aufgestellt werden muss, damit es nicht zu anderen Aggressionen gegenüber anderen Ländern kommt. Dabei unterstützen wir die Ukraine bestmöglich und werden auch unsere Mittel der Unterstützung immer wieder anpassen.

Engels: Ist konkreter Schaden durch das Zögern der deutschen Außenpolitik in diesem Punkt entstanden?

Lührmann: Wir haben darüber ja eine offene und kritische Diskussion auch europaweit und ich glaube, es wird sehr anerkannt, was wir alles tun für die Ukraine. Wie gesagt, ich war auch persönlich im Dezember in Kiew. Wir haben da konkrete Waffensysteme geliefert, die jeden Tag Menschenleben retten. Wir unterstützen die Ukraine, durch den Winter zu kommen, mit viel humanitärer Hilfe. 200 Millionen haben wir jetzt noch mal aufgestockt mit konkreten Generatoren und allem, was da gebraucht wird, und wir werden auch weiter diese Hilfsmaßnahmen anpassen.

Engels: Diese Hilfsmaßnahmen. Aber fallen zu den Leopard-Entscheidungen dazu in Tagen oder in Wochen oder gar nicht?

Lührmann: Darüber gibt es kontinuierlich Diskussionen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.